



Ausschreibung

Basisabdichtung für die Deponie Kolenfeld

Sickerwasser-Ableitung

(Vergabe-Nr. 3.0.2/2025-03)

Vergabeunterlagen

Angebotsfrist	12.06.2026, 11:00 Uhr
Bindefrist siehe Hinweis in Kap. 2.12	24.08.2026

Inhalt

1	Aufforderung zur Angebotsabgabe	4
1.1	Auftraggeber	4
1.2	Rückfragen zu den Unterlagen und weitere Auskünfte	4
2	Bewerbungsbedingungen	5
2.1	Registrierung	5
2.2	Datenschutz.....	5
2.3	Einreichung der Angebote, Fristablauf und Form	6
2.3.1	Fristablauf und Form	6
2.3.2	Preisangaben	7
2.3.3	Kosten	7
2.4	Änderungsvorschläge/Nebenangebote	7
2.5	Bietergemeinschaften	7
2.6	Unterauftragnehmer	7
2.7	Eignungsleihe	8
2.8	Bekämpfung unzulässiger Wettbewerbsbeschränkungen.....	8
2.9	Als Angebot einzureichende Unterlagen	8
2.10	Öffnung der Angebote	9
2.11	Angebotsauswertung und Zuschlagskriterien.....	9
2.11.1	Bieterreignung	9
2.11.2	Preisprüfung.....	10
2.11.3	Wirtschaftlichstes Angebot	10
2.12	Bindefrist	10
2.13	Mitteilung über nicht berücksichtigte Angebote	10
2.14	Nachprüfungsverfahren	10
2.15	Hinweise auf Anforderungen des NTVergG	11
3	Leistungsbeschreibung	12
4	Vertragsbedingungen	13
5	Angebotsformular	14
5.1	Bieter und Ansprechpartner	14

5.2	Angaben zu Bietergemeinschaften	16
5.2.1	Federführendes Mitglied der Bietergemeinschaft	16
5.2.2	Weitere Mitglieder von Bietergemeinschaften	16
5.2.3	Erklärung der Bietergemeinschaft.....	16
5.3	Unterauftragnehmer, Eignungsleihe.....	18
5.3.1	Verzeichnis Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher	18
5.3.2	Verpflichtungserklärung des Eignungsverleihers	18
5.4	Eigenerklärung zu Ausschlusskriterien.....	19
5.5	Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	23
5.6	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit.....	23
5.7	Berufliche Leistungsfähigkeit	24
5.8	Leistungsverzeichnis.....	25

ANHANG

Anhang 1: Häufige Fehler in Vergabeverfahren

Anhang 2 Besondere Vertragsbedingungen Formblatt 214

Anhang 3 Beiblatt zu Formblatt 214 weitere_besondere_Vertragsbedingungen

Anhang 4 Musterregelung für Bauaufträge NTVergG

Anhang 5 Preisermittlung Zuschlagskalkulation Formblatt 221

Anhang 6 Preisermittlung Endsumme Formblatt 222

Anhang 7 Aufgliederung Einheitspreise Formblatt 223

Anhang 8 Bürgschaftsurkunde (Vertragserfüllungsbürgschaft) Formblatt 421

Anhang 9 Bürgschaftsurkunde (Mängelansprüchebürgschaft) Formblatt 422

Anhang 10 Richtlinie für den Datenaustausch

Anhang 11 Ergänzung zu den Vertragsbedingungen (Gewerbliche Schutzrechte/Urheberrecht)

Anhang 12 Leistungsbeschreibung SiWa-Ableitung Deponie Kolenfeld.zip

1 Aufforderung zur Angebotsabgabe

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) betreibt verschiedene Entsorgungsanlagen in der Region; u. a. am Standort Kolenfeld. Der Auftraggeber (im Folgenden AG genannt) beabsichtigt, die Basisabdichtung der dortigen Deponie in Richtung Westen weiter auszubauen.

Gegenstand dieser Ausschreibung ist die Herstellung der Sickerwasser-Ableitung inkl. Sickerwasserspeicher, Pumpstation sowie Lieferung und Verlegung der Druckrohrleitung durch den Auftragnehmer (im Folgenden AN genannt).

Zu den Details siehe die Leistungsbeschreibung in Kap. 3.

Da sich die Ausschreibung im Zusammenhang mit mehreren Vergabeverfahren rund um die Deponie Kolenfeld befindet, wird die Leistung nach § 119 Abs. 1 und 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie nach dem 2. Abschnitt der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A – EU) europaweit im offenen Verfahren ausgeschrieben, obwohl der Auftragswert speziell dieser Ausschreibung voraussichtlich unter dem Schwellenwert für eine europaweite Ausschreibung liegen wird.

Nebenangebote oder Änderungsvorschläge sind nicht zugelassen.

1.1 Auftraggeber

Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover

Körperschaft öffentlichen Rechts

Karl-Wiechert-Allee 60 c

30625 Hannover

Website: www.aha-region.de

1.2 Rückfragen zu den Unterlagen und weitere Auskünfte

Die Bieter haben sich unmittelbar nach dem Erhalt dieser Vergabeunterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern und diese auch auf etwaige Unklarheiten hin zu überprüfen. Bestehen nach Auffassung des Bieters in den Vergabeunterlagen Unklarheiten, Lücken oder Widersprüche, sind diese unverzüglich über das Portal DTVP mitzuteilen (über welches auch diese Vergabeunterlagen bezogen wurden). Die Fragen müssen spätestens bis zur in der Bekanntmachung genannten Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen eingegangen sein, sonst ist eine Beantwortung durch den AG innerhalb der Angebotsfrist nicht mehr sichergestellt. Dies gilt auch für sonstige auftretende Fragen und Probleme, insbesondere wenn die Vergabeunterlagen Fragen aufwerfen, die für die Erstellung des Angebots relevant sein können. Fragen auf anderem Wege (z. B. per E-Mail oder Fax) werden nicht beantwortet.

Auf die Rügeobliegenheit gemäß § 160 Abs. 3 GWB sowie auf die dort in Nr. 4 genannte Frist wird hingewiesen.

Weitere Auskünfte werden ebenfalls nur auf Anfrage über das Portal DTVP erteilt.

Für die Kommunikation zwischen Bietern und Vergabestelle wird auf den Bereich „Kommunikation“ im Projektraum von DTVP verwiesen.

2 Bewerbungsbedingungen

Der AG verfährt nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), nach Abschnitt 1 der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), nach dem 2. Abschnitt der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A – EU) sowie dem Niedersächsischen Gesetz zur Sicherung von Tariftreue und Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz – NTVergG).

Hinweis:

In **Anhang 1** sind häufige Fehler, die einem Bieter bei der Teilnahme an einem Vergabeverfahren unterlaufen können, zusammengefasst.

2.1 Registrierung

Gemäß § 9 Abs. 3 VgV ist der öffentliche Auftraggeber verpflichtet, den Zugang zu den Vergabeunterlagen ohne Registrierungspflicht zu ermöglichen. Eine freiwillige Registrierung ist möglich.

Um an der Kommunikation in diesem Vergabeverfahren teilzunehmen, sollten Interessenten sich in ihrem eigenen Interesse bei DTVP für diese Ausschreibung registrieren.

2.2 Datenschutz

Der Bieter erklärt sich mit Einreichung seines Angebotes damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten und vom Bieter bereitgestellten Unterlagen für das Vergabeverfahren von der Vergabestelle gespeichert und verarbeitet werden. Die Vergabestelle weist darauf hin, dass sie sich bei der Durchführung des Vergabeverfahrens gegebenenfalls externer Dienstleister (z. B. Betreiber elektronischer Plattformen, externe Fachberater, ggf. Rechtsberater) bedient und ggf. die an die Vergabestelle übermittelten Unterlagen (einschließlich darin enthaltener personenbezogener Daten) an diese Dritten zur Verarbeitung für Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens weitergibt. Der Datenschutzbeauftragte der Vergabestelle ist:

Herr Detlef Apitz

Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover
Karl-Wiechert-Allee 60 c
30625 Hannover

Telefon: 0511/9911 47984

E-Mail: detlef.apitz@aha-region.de

Der Bieter ist verpflichtet sicherzustellen, dass die Übermittlung der personenbezogenen Daten durch den Bieter an die Vergabestelle rechtmäßig ist. Soweit notwendig, hat der Bieter die betroffenen Personen über die Übermittlung der Daten an die Vergabestelle und deren Verarbeitung für Zwecke des Vergabeverfahrens zu informieren und die Zustimmung der betroffenen Personen einzuholen. Eine gesonderte Information an die betroffenen Personen durch die Vergabestelle erfolgt nicht.

2.3 Einreichung der Angebote, Fristablauf und Form

Die Vergabeunterlagen wurden als PDF-Datei zum Herunterladen bereitgestellt. Das Kap. 5 der Vergabeunterlagen „Angebotsformular“ ist als ausfüllbares PDF-Dokument verfügbar. Es ist elektronisch auszufüllen, abzuspeichern und zusammen mit den dort aufgeführten Unterlagen als Angebot einzureichen.

Die Einreichung der Angebote erfolgt ausschließlich gemäß § 11 EU Abs. 4 VOB/A mithilfe elektronischer Mittel. Das bedeutet, dass die Angebote als Dateien auf DTVP hochzuladen sind.

Für die elektronische Angebotsabgabe sind unterschiedliche Signaturniveaus technisch möglich. Für diese Ausschreibung wird die Textform nach § 126b BGB als Standard festgelegt. Das bedeutet, dass die Bieter keine elektronischen Zertifikate benötigen, sondern lediglich Angaben zum Unternehmen und zum Ansprechpartner bei der Angebotsabgabe in DTVP machen müssen.

Mittlerweile ist kein Bietertool mehr für die Abgabe der Angebote nötig, welches lokal installiert werden muss, sondern die Einreichung erfolgt über DTVP webbasiert.

2.3.1 Fristablauf und Form

Die Angebote müssen bis zum **Ablauf der Angebotsfrist** (siehe Deckblatt) auf dem Portal DTVP hochgeladen worden sein.

Nach Ablauf der Angebotsfrist oder nicht formgerecht eingegangene Angebote werden vom Wettbewerb ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 16 EU Nr. 1 VOB/A).

Es sind ausschließlich die in den Vergabeunterlagen inkl. der Leistungsbeschreibung enthaltenen Datenblätter zu verwenden. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig und führen zum Ausschluss des Angebots.

2.3.2 Preisangaben

Die Angebotspreise sind in das beigefügte Leistungsverzeichnis der Leistungsbeschreibung einzutragen.

Preisnachlässe mit Bedingungen für die Zahlungsfrist (Skonti) bleiben bei der Wertung unberücksichtigt, werden aber gleichwohl Vertragsbestandteil.

2.3.3 Kosten

Für das Bearbeiten und Einreichen der Angebote wird dem Bieter keine Entschädigung gewährt.

2.4 Änderungsvorschläge/Nebenangebote

Es sind keine Nebenangebote oder Änderungsvorschläge zugelassen.

2.5 Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot bestimmte Erklärungen und Unterlagen abzugeben, u. a. solche, welche die Zulässigkeit des Zusammenschlusses in wettbewerbsrechtlicher Hinsicht belegen; siehe hierzu das Angebotsformular (Kap. 5.2). Der AG behält sich vor, ergänzende Unterlagen zur Zulässigkeit der Bietergemeinschaft abzufordern.

Im Angebotsformular ist ein bevollmächtigter Vertreter (federführendes Mitglied) zu benennen, der die Mitglieder gegenüber dem AG rechtsverbindlich vertritt.

2.6 Unterauftragnehmer

Beabsichtigt ein Bieter, Teile des Auftrags im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben, muss er in seinem Angebot Art und Umfang der betreffenden Auftragsteile angeben und die vorgesehenen Unterauftragnehmer benennen. Der AG behält sich vor, vom Bestbieter vor Zuschlagserteilung den Nachweis durch eine Verpflichtungserklärung zu verlangen, dass der Unterauftragnehmer für ihn tätig sein wird.

Mit Blick auf die Eignungsprüfung sind für Unterauftragnehmer je nach Kategorie bestimmte Unterlagen vorzulegen. Siehe jeweils die entsprechenden Unterkapitel des Angebotsformulars (Kap. 5).

2.7 Eignungsleihe

Ein Bieter kann im Hinblick auf die Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bieter und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen.

Ein Bieter kann jedoch im Hinblick auf Nachweise für die berufliche Befähigung (§ 6a EU Abs. 1 Nr. 3 lit. e VOB/A) oder die berufliche Erfahrung (§ 6a EU Abs. 1 Nr. 3 lit. a und b VOB/A) die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Arbeiten ausführen, für die diese Kapazitäten benötigt werden (vgl. § 6d EU Abs. 1 VOB/A).

Eine Eignungsleihe ist nicht möglich für die Eigenerklärung zu den Ausschlusskriterien in Kap. 5.4.

Für die Eignungsleihe sind alle Unterlagen vorzulegen, die für den geliehenen Eignungsaspekt auch vom Bieter gefordert werden. Eignungsverleiher gelten in Hinblick auf die vorzulegenden Unterlagen als Unterauftragnehmer; vgl. Kap. 5.3.

Diesbezüglich behält sich der AG Aufklärungen vor.

Hinweis: Für Bietergemeinschaften geht der AG davon aus, dass diese sich gegenseitig bei der Erfüllung des Auftrags unterstützen, sodass hier die Eignungsleihe nach § 6d EU VOB/A stets gegeben ist. Hier ist somit keine Verpflichtungserklärung erforderlich.

2.8 Bekämpfung unzulässiger Wettbewerbsbeschränkungen

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist. Dies gilt insbesondere für Bietergemeinschaften.

Angebote von Bietergemeinschaften, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen (gilt auch für einzelne Mitglieder von Bietergemeinschaften), werden ausgeschlossen.

2.9 Als Angebot einzureichende Unterlagen

Mit dem Angebot sind verschiedene Unterlagen einzureichen, die im Angebotsformular aufgeführt sind. Hierzu sind folgende Hinweise zu geben:

Das Angebot und alle beigelegten Unterlagen müssen grundsätzlich in deutscher Sprache abgefasst sein. Bieter aus dem nicht deutschsprachigen Raum haben beigelegte Unterlagen zu übersetzen und ihre deutsche Übersetzung beizufügen. Der AG behält sich diesbezüglich Rückfragen und Nachforderungen vor.

Der AG akzeptiert die in Form von Eigenerklärungen verlangten Unterlagen als endgültige Nachweise im Sinne des § 6b EU Abs. 1 Nr. 2 VOB/A. Nachweise zur Überprüfung der Richtigkeit der vorgelegten Eigenerklärungen werden nur angefordert, sofern dies zur angemessenen Durchführung des Verfahrens erforderlich ist (§ 6b EU Abs. 2 Nr. 1 VOB/A).

Der AG weist darauf hin, dass gemäß § 16a EU VOB/A fehlende Unterlagen und Nachweise nachgefordert werden. Sie sind spätestens innerhalb von sechs Kalendertagen vorzulegen, ansonsten wird das Angebot ausgeschlossen. Der AG behält sich ausdrücklich vor, zunächst nur vom Bestbieter Nachforderungen zu verlangen.

Die Anforderung zusätzlicher Erklärungen und Nachweise, welche der AG für die Feststellung der Eignung und sonstige Angebotsprüfung für erforderlich ansieht, und die weitere Aufklärung von Angebotsinhalten bleiben ebenso vorbehalten.

Insbesondere hat ein Bieter auf Anforderung der Vergabestelle folgende Unterlagen innerhalb der gesetzten Frist nachzureichen:

- Urkalkulation des Bieters
- Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223 (siehe **Anhang 7**)

2.10 Öffnung der Angebote

Bei der elektronischen Angebotsöffnung sind die Bieter nicht zugelassen.

2.11 Angebotsauswertung und Zuschlagskriterien

2.11.1 Bieterreignung

Der AG wird die Bieter zunächst auf das Vorliegen von Ausschlussgründen (§§ 123 und 124 GWB; vgl. auch § 6e EU VOB/A) prüfen, dabei werden etwaige Maßnahmen zur Selbstreinigung berücksichtigt (§ 125 GWB; vgl. auch § 6f EU VOB/A). Liegen keine Ausschlussgründe vor, wird der AG gemäß § 122 GWB in Verbindung mit § 16b EU VOB/A die Eignungskriterien der jeweiligen Bieter prüfen. Er bezieht sich dabei auf die vorgelegten und ggf. weitere von Bieter abgeforderte Unterlagen sowie sonstige Informationen nach pflichtgemäßem Ermessen. Der AG wird keine nachteiligen Eignungsinformationen von Dritten verwenden, ohne den Bieter zur Stellungnahme aufzufordern.

Hinweis: Gemäß § 6 Abs. 1 Wettbewerbsregistergesetz (WRegG) ist ein öffentlicher Auftraggeber verpflichtet, vor der Erteilung des Zuschlags mit einem geschätzten Auftragswert ab

30.000 € (netto) bei der Registerbehörde abzufragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter, an den der öffentliche Auftraggeber den Auftrag zu vergeben beabsichtigt, gespeichert sind.

2.11.2 Preisprüfung

Erscheint ein Angebotspreis unangemessen niedrig und ist anhand vorliegender Unterlagen über die Preisermittlung die Angemessenheit nicht zu beurteilen, wird der AG vom Bieter in Textform Aufklärung über die Ermittlung der Preise oder Kosten für die Gesamtleistung oder für Teilleistungen verlangen (§ 16d EU Abs. 1 Nr. 2 VOB/A).

Gemäß § 7 NTVerG erscheint ein Angebotspreis bei Bauleistungen dann unangemessen niedrig, wenn das Angebot, auf das der Zuschlag erteilt werden soll, um mindestens 10 % vom nächsthöheren Angebot abweicht.

2.11.3 Wirtschaftlichstes Angebot

Innerhalb des Kreises der wertungsfähigen Angebote von geeigneten Bietern wird der Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich nach dem niedrigsten Angebotspreis gemäß Leistungsverzeichnis.

2.12 Bindefrist

Eine Rücknahme bereits eingereichter Angebote ist nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist über DTVP möglich.

Nach Ablauf der Angebotsfrist sind Bieter bis zum **Ablauf der Bindefrist** (siehe Deckblatt) an ihr Angebot gebunden.

2.13 Mitteilung über nicht berücksichtigte Angebote

Eine Information der Bieter bei Nichtberücksichtigung ihrer Angebote erfolgt nach Maßgabe von § 134 GWB.

2.14 Nachprüfungsverfahren

Zuständig für Nachprüfungsverfahren ist die Vergabekammer Niedersachsen beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen, Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg.

Im Falle eines Nachprüfungsverfahrens hat die Vergabestelle die Akten der Vergabekammer vorzulegen; diese gewährt den Verfahrensbeteiligten Akteneinsicht. Zur Wahrung der Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse obliegt es den Bietern, schon mit Angebotslegung die betreffenden Bestandteile ihres Angebotes als derartige Geheimnisse zu kennzeichnen (§ 165 Abs. 2 und 3 GWB) und dies substantiiert zu begründen. Ohne eine solche Kennzeichnung und Begründung ist der AG nicht gehalten, weitergehende Maßnahmen zum Schutz etwaiger Geheimnisse bei der Weitergabe an die Vergabekammer zu ergreifen.

2.15 Hinweise auf Anforderungen des NTVergG

Gemäß § 4 Abs. 1 NTVergG dürfen öffentliche Aufträge über Bauleistungen nur an Unternehmen vergeben werden, die bei Angebotsabgabe erklären, bei der Ausführung des Auftrags im Inland

1. ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 des Mindestlohngesetzes (MiLoG), in der jeweils geltenden Fassung, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und
2. ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG, insbesondere von Branchentarifverträgen, die nach den Vorgaben des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG), in der jeweils geltenden Fassung, bundesweit zwingend Anwendung finden, erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen

zu zahlen.

Diese Erklärung ist in die Erklärung in Kap. 5.4 integriert. Der AG hat die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 21 MiLoG, § 23 AEntG und nach § 16 AÜG zuständigen Stellen über Verstöße der Unternehmen gegen die auf Grundlage des § 4 Abs. 1 NTVergG vereinbarten Mindestentgeltregelungen zu informieren.

3 Leistungsbeschreibung

Die Leistungsbeschreibung mit allen zugehörigen Informationen (Baubeschreibung, Pläne etc.) findet sich in der beigefügten ZIP-Datei („Anhang 12 Leistungsbeschreibung SiWa-Ableitung Deponie Kolenfeld.zip“). Dort ist insbesondere auch das auszufüllende Leistungsverzeichnis im GAEB-Format beigefügt (im Ordner „02 Leistungsverzeichnis“).

Als Angebot einzureichen sind ausschließlich das ausgefüllte Angebotskapitel 5 und die darin aufgelisteten Unterlagen.

4 Vertragsbedingungen

Es gelten folgende Vertragsbedingungen:

- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B)
- Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen (VOB/C)
- Formblatt 214 – Besondere Vertragsbedingungen (siehe **Anhang 2**)
- Beiblatt zum Formblatt 214 (siehe **Anhang 3**)
- Musterregelungen zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben der §§ 13 bis 15 NTVerG (siehe **Anhang 4**)
- Richtlinie für den Datenaustausch (siehe **Anhang 10**)
- aha-spezifische Ergänzung zu den Vertragsbedingungen – Gewerbliche Schutzrechte / Urheberrecht (siehe **Anhang 11**)

5 Angebotsformular

Das Angebotsformular steht allen Bietern zum Download auf dem Portal DTVP als separates PDF-Formular mit genügend Platz für Eintragungen zur Verfügung. Der Abdruck des Formulars in diesem Kapitel der Vergabeunterlagen erfolgt lediglich zu Informationszwecken. Bitte füllen Sie nur die separate PDF-Datei vollständig – soweit zutreffend – elektronisch¹ aus. Alle Anlagen sind dabei eindeutig zu nummerieren. Soll eine Art von Unterlage (z. B. Handelsregisterauszug) für mehrere Unternehmen eingereicht werden, so sind alle Unterlagen unter einer Anlagennummer zusammenzufassen oder alternativ mehrere Nummern in die entsprechenden Felder einzutragen. Wenn für mehrere Unternehmen Eintragungen vorzunehmen sind, können diese im selben Feld erfolgen, mit Kürzel der betreffenden Firma.

Alle Signaturen sind in Textform zu leisten; d. h., sie sind wie alle anderen Angaben elektronisch in die entsprechenden Formularfelder einzutragen. Diese Anforderung gilt auch für alle Erklärungen von Unterauftragnehmern; dabei ist es erlaubt, Dateikopien des kompletten Angebotsformulars für Erklärungen der Unterauftragnehmer zu nutzen oder alternativ nur die betreffenden Seiten einzureichen.

5.1 Bieter und Ansprechpartner

Gilt für Einzelbieter, aber nicht für Bietergemeinschaften (für diese gilt Kap. 5.2).

Die genannte E-Mail-Adresse muss bevollmächtigt sein, offizielle Schreiben des Vergabeverfahrens betreffend zu empfangen. Da die Kommunikation jedoch über die Vergabepattform laufen soll, haben Bieter sicherzustellen, dass vor allem die auf DTVP hinterlegte E-Mail-Adresse offizielle Nachrichten empfangen kann bzw. diese weitergeleitet werden.

Name des Bieters: (vollständig)	
Straße, Hausnummer:	
PLZ, Ort:	
Name des Ansprechpartners für die Ausschreibung:	Frau <input type="radio"/> Herr <input type="radio"/>
E-Mail-Adresse:	
Telefonnummer:	

¹ Dafür bietet sich der kostenlose Adobe Acrobat Reader an, der u. a. hier zum Download angeboten wird:
<https://get.adobe.com/de/reader/>

Weitere Angaben zum Bieter

Im Zuge der Einführung neuer Anforderungen für EU-weit vergebene Aufträge (sogenannte e-Forms) sind öffentliche Auftraggeber verpflichtet, in Vergabebekanntmachungen über vergebene Aufträge die unten aufgeführten Angaben zu den Auftragnehmern zu veröffentlichen. Vor diesem Hintergrund sind für jeden Bieter und bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft die folgenden Angaben zu machen.

Nationale Identifikationsnummer

Für Unternehmen bzw. andere Wirtschaftsteilnehmende ist grundsätzlich die jeweilige Wirtschaftsidentifikationsnummer einzutragen. Da diese noch nicht eingeführt wurde, ist eine andere eindeutige Identifikationsnummer eindeutig identifizierbar zu benennen, vorzugsweise die jeweilige Umsatzsteuer-ID (z.B. DE124356789) oder ein Registereintrag, in Deutschland vorzugsweise aus dem jeweiligen Handelsregister (z. B. HRA 12345). Nur bei natürlichen Personen kann zum Schutz personenbezogener Daten „keine Angabe“ eingetragen werden.

Nummer:

Art der Nummer:

Größe des Wirtschaftsteilnehmers

Angabe der Größe des Wirtschaftsteilnehmers (bitte ankreuzen):

- | | |
|--|-----------------------|
| Kleinstunternehmen: bis 9 Beschäftigte und bis 2 Mio. € Umsatz | <input type="radio"/> |
| Kleines Unternehmen: bis 49 Beschäftigte und bis 10 Mio. € Umsatz | <input type="radio"/> |
| Mittleres Unternehmen: bis 249 Beschäftigte und bis 50 Mio. € Umsatz | <input type="radio"/> |
| Großunternehmen: über 249 Beschäftigte oder über 50 Mio. € Umsatz | <input type="radio"/> |

5.2 Angaben zu Bietergemeinschaften

5.2.1 Federführendes Mitglied der Bietergemeinschaft

Nachfolgend wird der bevollmächtigte Vertreter der Bietergemeinschaft für den Abschluss und die Durchführung des Vertrags benannt.

Die genannte E-Mail-Adresse muss bevollmächtigt sein, offizielle Schreiben des Vergabeverfahrens betreffend zu empfangen. Da die Kommunikation jedoch über die Vergabeplattform laufen soll, haben Bieter sicherzustellen, dass vor allem die auf DTVP hinterlegte E-Mail-Adresse offizielle Nachrichten empfangen kann bzw. diese weitergeleitet werden.

Firma des federführenden Mitglieds (vollständig):	
Straße, Hausnummer:	
PLZ, Ort:	
Name des Ansprechpartners für die Ausschreibung:	Frau <input type="radio"/> Herr <input type="radio"/>
E-Mail-Adresse:	
Telefonnummer:	

5.2.2 Weitere Mitglieder von Bietergemeinschaften

In dieser Tabelle ist jedes weitere Mitglied der Bietergemeinschaft aufzulisten.

Firma bzw. Firmen und Anschriften der weiteren Mitglieder:

5.2.3 Erklärung der Bietergemeinschaft

Diese Erklärung ist von Bietergemeinschaften abzugeben.

Wir erklären,

- dass im Auftragsfall eine Arbeitsgemeinschaft gebildet wird, und
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Wir beabsichtigen folgende Arbeitsteilung:

Gründe und Motive für unsere Zusammenarbeit (*hierbei ist darzustellen, dass der Einzelbieter nicht in der Lage wäre, die Leistung zu erbringen, oder andere ähnlich gewichtige Gründe*):

ggf. auf separatem Blatt als **Anlage**.

Signaturfeld für Textform gemäß § 126b BGB

Datum; Name erklärende Person(en), Art der Vollmacht; Unternehmen
für **alle** Mitglieder der Bietergemeinschaft

5.3 Unterauftragnehmer, Eignungsleihe

5.3.1 Verzeichnis Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher

In dieser Tabelle ist jeder Unterauftragnehmer aufzulisten. Eignungsverleiher (vgl. Kap. 2.6 und 2.7 der Bewerbungsbedingungen) gelten im Angebotsformular als Unterauftragnehmer.

Firma und Anschrift des Unterauftragnehmers	Aufgaben, welche der Unterauftragnehmer erfüllen soll, bzw. Darstellung, wofür der Eignungsverleiher seine Eignung zur Verfügung stellt:

Hinweis: Der AG behält sich vor, vom Bestbieter vor Zuschlagserteilung den Nachweis durch eine Verpflichtungserklärung zu verlangen, dass der Unterauftragnehmer für ihn tätig sein wird.

5.3.2 Verpflichtungserklärung des Eignungsverleihers

Durch die als **Anlage** beigefügte Erklärung verpflichtet sich der Eignungsverleiher, dem Bieter seine Kapazitäten zur Verfügung zu stellen.

Textbeispiel für die Eignungsleihe:

Wir bestätigen hiermit dem Bieter ... zur Vorlage und Bestätigung im Vergabeverfahren „Basisabdichtung Deponie Kolenfeld – Sickerwasser-Ableitung“ für den Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover, dass wir uns verbindlich ihm gegenüber verpflichten, im Fall der Zuschlagserteilung die folgenden Leistungen zu erbringen und Mittel zur Verfügung zu stellen: ...

Wir bestätigen, dass wir über die zur Ausführung des Auftragsteiles erforderliche Eignung und erforderlichen Mittel verfügen.

Wir sind bereit, die nach dem Vertrag an Unterauftragnehmer zu stellenden Verpflichtungen zu akzeptieren.

5.4 Eigenerklärung zu Ausschlusskriterien

Der Bieter, jedes Mitglied von Bietergemeinschaften und jeder Unterauftragnehmer hat zu den Ausschlusskriterien der §§ 123 f. GWB (vgl. auch § 6e EU VOB/A) sowie zu § 4 Abs. 1 NTVergG nachfolgende Erklärung zu machen. Die Formulierungen sind der einfacheren Lesbarkeit wegen im Singular gehalten, soweit zutreffend jedoch auch im Plural zu verstehen.

Wenn die Erklärung zutrifft, kreuzen Sie jeweils bitte „ja“ an. Bei „nein“ bitte den Sachverhalt und etwaige Selbstreinigungsmaßnahmen auf separatem Blatt als **Anlage** ☐ erläutern.

Ich erkläre hiermit, dass

<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	<p>weder ich noch eine Person, deren Verhalten meinem Unternehmen zuzurechnen ist (§ 123 Abs. 3 GWB), in den letzten fünf Jahren rechtskräftig verurteilt und gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes gegen Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt wurde wegen einer Straftat nach:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), ▪ § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, ▪ § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte), ▪ § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), ▪ § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), ▪ § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr) sowie §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), ▪ § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung), ▪ den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), ▪ Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder ▪ den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels); <p>und keine Verurteilung oder Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten erfolgt ist;</p>
-----------------------------	-------------------------------	--

<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	mein Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist;
<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	mein Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat;
<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	mein Unternehmen zahlungsfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens weder ein Insolvenzverfahren noch ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist und das Unternehmen sich weder in Liquidation befindet noch seine Tätigkeit eingestellt hat;
<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	weder mein Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten meinem Unternehmen zuzurechnen ist (§ 123 Abs. 3 GWB) im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird;
<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	mein Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken;
<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	bezogen auf mein Unternehmen kein Interessenskonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte;
<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	mein Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	mein Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat;
<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	mein Unternehmen <ul style="list-style-type: none"> a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln;

<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	<p>ich meinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung des Auftrags im Inland im Sinne des § 22 MiLoG, in der jeweils geltenden Fassung, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG, insbesondere von Branchentarifverträgen, die nach den Vorgaben des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG), in der jeweils geltenden Fassung, bundesweit zwingend Anwendung finden, erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen zahle.</p> <p>Mir ist bewusst, dass ein nachweislicher Verstoß gegen meine Verpflichtungen aus dieser Erklärung den Ausschluss meines Unternehmens von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat und nach Vertragsschluss vertragsstrafenbewehrt ist sowie den AG zur außerordentlichen Kündigung berechtigt.</p> <p>Dies werde ich auch von meinen Unterauftragnehmern vertraglich und vertragsstrafenbewehrt fordern.</p>
-----------------------------	-------------------------------	---

Ergänzende Eigenerklärung zur Anlage zum BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022

1. Ich gehöre nicht zu den
in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bieters oder die Niederlassung des Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
- c) durch das Handeln der Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

2. Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Signaturfeld für Textform gemäß § 126b BGB

Datum; Name erklärende Person(en), Art der Vollmacht; Unternehmen

5.5 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Für jeden Bieter, jedes Mitglied von Bietergemeinschaften auszufüllen.

BB 1 Unternehmensbeschreibung

Als **Anlage** ist eine eigene Darstellung, Broschüre o. Ä. beigelegt, aus welcher Angaben zum Unternehmen hervorgehen (z. B. Unternehmensstruktur, Muttergesellschaften, Konzernzugehörigkeit, ggf. zuständige Niederlassung).

BB 2 Registereintrag

Als **Anlage** ist ein aktueller Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe des Landes, in dem der Bieter ansässig ist, beigelegt.

5.6 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Für jeden Bieter, jedes Mitglied von Bietergemeinschaften sowie für Unterauftragnehmer, welche die Bauarbeiten ganz oder teilweise übernehmen sollen, auszufüllen.

Sollte ein Bieter keine Umsätze mit vergleichbaren Leistungen aufweisen, so sind die Umsätze des Unterauftragnehmers anzugeben. Dieser fungiert dann als Eignungsverleiher und muss eine Verpflichtungserklärung gemäß Kap. 5.3.2 einreichen.

WL 1 Angaben zum Gesamtumsatz

2025	2024	2023	Mittelwert 2025-2023

WL 2 Angaben zum Umsatz mit vergleichbaren Leistungen

Bezogen auf die Herstellung einer vergleichbaren Sickerwasser-Ableitung.

2025	2024	2023	Mittelwert 2025-2023

WL 3 Berufshaftpflichtversicherung

Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme von jeweils 5.000.000 € für Personen, Sach- und Vermögensschäden.

Als Anlage beigelegt.

5.7 Berufliche Leistungsfähigkeit

Für jeden Bieter, mindestens ein Mitglied von Bietergemeinschaften sowie für Unterauftragnehmer, welche die Bauarbeiten ganz oder teilweise übernehmen sollen, auszufüllen.

Sollte ein Bieter keine Nachweise für einen bestimmten Bereich aufweisen, so sind die Angaben für den Unterauftragnehmer einzutragen. Dieser fungiert dann als Eignungsverleiher und muss eine Verpflichtungserklärung gemäß Kap. 5.3.2 einreichen.

BL 1 Referenzen (mindestens zwei Referenzen)

Es ist mindestens

- eine Referenz für Behälterbau für Wasser, Abwasser oder Sickerwasser mit einem Nutzvolumen von über 1.000 m³
- und
- mindestens eine weitere Referenz für die Verlegung von Druckleitungen mit grabenlosen Verfahren HDD / Horizontalspülbohrverfahren mit einer Mindestlänge des Abschnittes von 300 m anzugeben.

Es sind Referenzen, die bis maximal 2018 zurückreichen, zugelassen.

lfd. Nr.	Auftraggeber	Umfang und Art der Tätigkeiten	Darlegung der o. g. technischen Mindestwerte (Volumen Behälter und Länge Abschnitt)	Ausführungsjahr
01				
	Kontakt des Referenzgebers inkl. Telefonnummer:			
02				
	Kontakt des Referenzgebers inkl. Telefonnummer:			
03				
	Kontakt des Referenzgebers inkl. Telefonnummer:			

5.8 Leistungsverzeichnis

Es ist ausschließlich das Leistungsverzeichnis im GAEB-Format (in der Leistungsbeschreibung unter „02 Leistungsverzeichnis“ zu finden) vollständig auszufüllen. Alle Preise sind netto einzutragen; am Schluss ist die gesetzliche Umsatzsteuer anzugeben.

Die ausgefüllte GAEB-Datei ist als **Anlage** beigefügt.

Ergänzend hat der Bieter bereits mit Angebotsabgabe:

entweder das als Anhang 5 beigefügte Formblatt 221 (Preisermittlung Zuschlagskalkulation) auszufüllen und als **Anlage** beizufügen

oder das als Anhang 6 beigefügte Formblatt 222 (Preisermittlung Endsumme) auszufüllen und als **Anlage** beizufügen.

Anhang 1: Häufige Fehler in Vergabeverfahren

Die Angebotsfrist wird nicht beachtet: Ihr Angebot muss unbedingt vor Ablauf der Angebotsfrist auf DTVP hochgeladen worden sein, da es ansonsten ausgeschlossen werden muss bzw. technisch gar nicht mehr eingereicht werden kann.

Nicht signierte Angebote: Auch im Rahmen der Textform müssen an den vorgegebenen Stellen Unterzeichnungen in Form von Signaturen geleistet werden, die händische Unterschriften und Firmenstempel ersetzen. Eine fehlende Signatur bei der Textform kommt einer fehlenden Unterschrift bei der Schriftform gleich. Die Signatur einer anderen Person ohne deren Einwilligung einzutragen, ist Urkundenfälschung!

Unterlagen fehlen: Ihr Angebot muss vollständig sein. Das Angebotsformular in Kap. 5 leitet Sie sicher durch alle diesbezüglichen Forderungen, welche die Vergabestelle erhebt. Die Vergabestelle kann zwar unter Fristsetzung bestimmte Unterlagen nachfordern, der Bieter hat jedoch keine Garantie, dass dies erfolgt.

Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen: Änderungen oder Ergänzungen, die der Bieter an den Vergabeunterlagen durchführt, müssen zum Ausschluss des Angebots führen. Besonders häufig treten Änderungen in den folgenden Formen in Erscheinung:

- **Eigene AGB** werden beigelegt, die den Vergabeunterlagen widersprechen.
- **Zusätze auf Angebotsschreiben** wie „das Angebot ist freibleibend“ oder eigene Standardzahlungsbedingungen werden formuliert.
- **Ergänzungen im Leistungsverzeichnis** (oft mittels * gekennzeichnet) mit Einschränkungen oder Erweiterungen zu einer bestimmten Position.
- Separat beigelegte **Beschreibungen** widersprechen den Anforderungen der Leistungsbeschreibung.

Erkennt der Bieter Unstimmigkeiten oder Unvollständigkeiten in den Vergabeunterlagen, so hat er dies **rechtzeitig** über das Portal DTVP mitzuteilen. Auf diese Weise hat die Vergabestelle die Möglichkeit, aufgrund berechtigter Hinweise ggf. die Vergabeunterlagen anzupassen.

Fehlende Preisangaben: Ihr Angebot muss alle geforderten Preisangaben im Leistungsverzeichnis enthalten. Eine Nachforderung von Preisangaben ist nur bei unwesentlichen Einzelpositionen möglich, die insgesamt die Wertungsreihenfolge nicht verändern.

Unzulässige Nebenangebote: Bei dieser Ausschreibung sind keine Nebenangebote zugelassen. Daher müssen von Ihnen definierte Alternativangebote ausgeschlossen werden.

Um **Fehler zu vermeiden**, halten Sie sich bitte an das Angebotsformular, das in Kap. 5 abgedruckt ist und separat als ausfüllbares PDF-Dokument zur Verfügung steht. Um Ihren und den Aufwand der Vergabestelle möglichst gering zu halten, reichen Sie bitte keine anderen bzw. weitergehenden Unterlagen – als die in Kap. 5 genannten – ein; solche sind ggf. nur nach Aufforderung durch die Vergabestelle beizubringen.

**Die folgenden Anhänge befinden sich in der ZIP-Datei „Anhänge 2 bis 11
aha SiWa-Ableitung Deponie Kolenfeld“:**

Anhang 2 Besondere Vertragsbedingungen Formblatt 214

Anhang 3 Beiblatt zu Formblatt 214 weitere_besondere_Vertragsbedingungen

Anhang 4 Musterregelung für Bauaufträge NTVergG

Anhang 5 Preisermittlung Zuschlagskalkulation Formblatt 221

Anhang 6 Preisermittlung Endsumme Formblatt 222

Anhang 7 Aufgliederung Einheitspreise Formblatt 223

Anhang 8 Bürgschaftsurkunde (Vertragserfüllungsbürgschaft) Formblatt 421

Anhang 9 Bürgschaftsurkunde (Mängelansprüchebürgschaft) Formblatt 422

Anhang 10 Richtlinie für den Datenaustausch

Anhang 11 Ergänzung zu den Vertragsbedingungen (Gewerbliche Schutzrechte/Urheberrecht)

Des Weiteren befindet sich die Leistungsbeschreibung mit allen zugehörigen Informationen (Baubeschreibung, Pläne etc.) in der beigefügten ZIP-Datei.

Anhang 12 Leistungsbeschreibung SiWa-Ableitung Deponie Kolenfeld.zip